

# Frühlingsgefühle in Graubünden

Die SRG-Vizegeneraldirektorin Ladina Heimgartner erlebt in ihrem Heimatsender einen «total surrealen» Abstimmungssonntag

Im Abstimmungskampf zu «No Billag» wurde Ladina Heimgartner mit zurückhaltenden Auftritten zum Trumpf der Gegenseite. Ein Besuch bei der Frau, die in der SRG als Hoffnungsträgerin gilt.

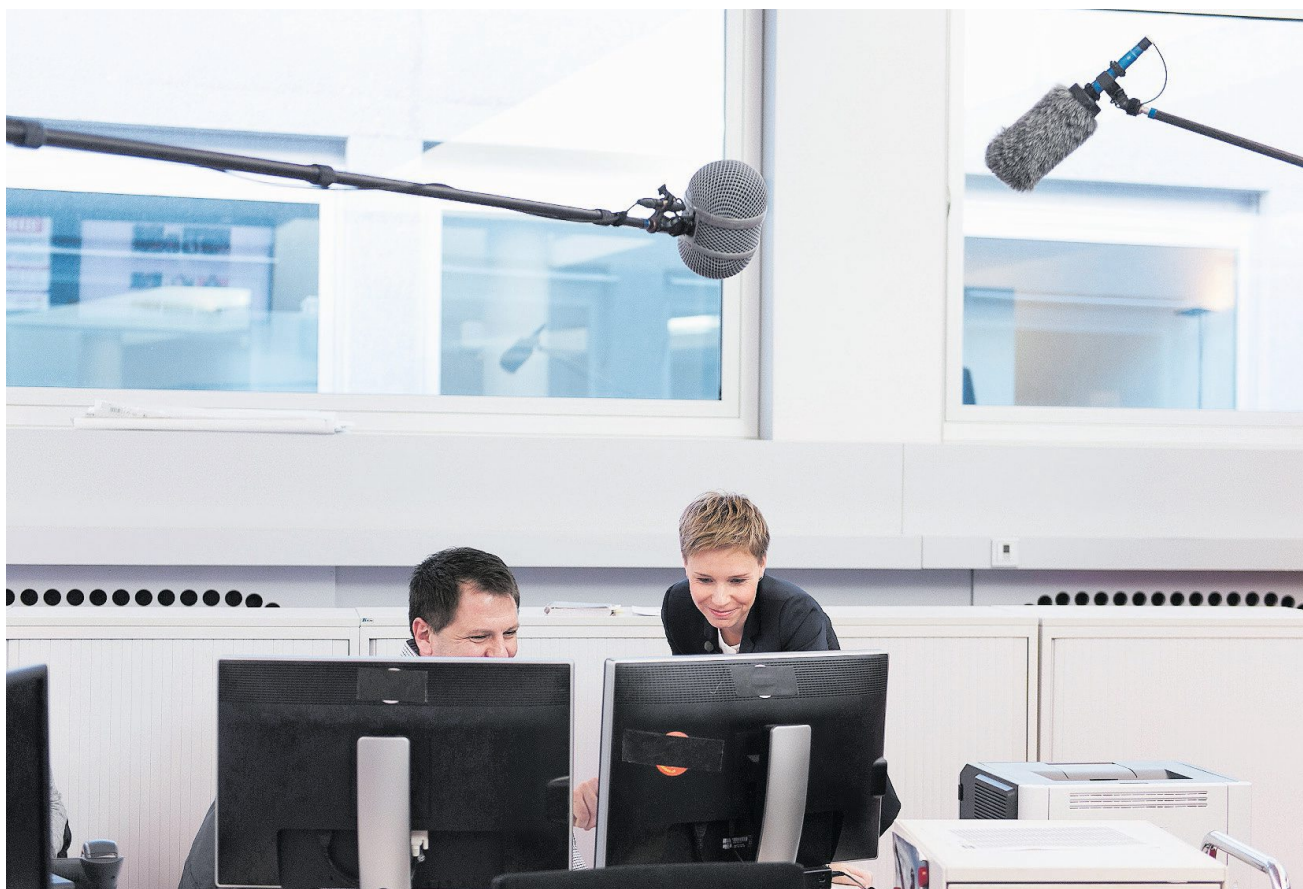
MATTHIAS SANDER, CHUR

Wettermetaphern sollte man sparsam verwenden, zu oft wirken sie ungläubig und klischiert. Aber manchmal passen sie eben. Also sagt Ladina Heimgartner: «Die letzten zwei Wochen und der heutige Tag sind wirklich sehr sinnbildlich gewesen.» Erst tagelange Eiseskälte des Abwartens. Dann dieser Abstimmungssonntag, an dem die stellvertretende SRG-Generaldirektorin nach einer unruhigen Nacht viel zu früh aufwachte, liegenblieb – und schliesslich in der Dämmerung zu fröhlichem Vogelgezwitscher aufstand. «Das ist praktisch der erste Frühlingstag, ein gutes Omen», fand Heimgartner.

## Beruhigungstee im Newsroom

Trotzdem startet sie angespannt in den Arbeitstag, zu viel stünde selbst bei einem knappen Nein zur No-Billag-Initiative auf dem Spiel. Gegen neun Uhr betritt sie das Gebäude von Radiotelevision Svizra Rumantscha (RTR), dessen Direktorin sie ist. Sie veranstaltet eine kurze Telefonkonferenz, trinkt Beruhigungstee und fühlt im Newsroom den Puls der Redaktion. 90 Journalisten beschäftigt die kleinste SRG-Anstalt, 32 von ihnen arbeiten jetzt. Sie tun es «mit Ruhe, easy», wie es ihr Chefredaktor um 10 Uhr 30 in einer kurzen Besprechung fordert.

Zu Heimgartners Anspannung trägt das gute Dutzend Journalisten bei, das sie durch den Tag begleitet. Ein RTR-Fernsehteam interessiert sich auch für die externen Kollegen, was dazu führt, dass Journalisten berichten, wie Journalisten berichten, wie Journalisten berich-



Gute Nachrichten für Ladina Heimgartner auf der Redaktion von Radiotelevision Svizra Rumantscha in Chur.

KARIN HÖFER / NZZ

ten. Derweil gibt Heimgartner einem Team der deutschen ARD ein Interview. Bei einem Ja zur No-Billag-Initiative «wird das hier Geschichte sein», sagt sie. Die Interviewerin aus Deutschland, wo manche auch die Abschaffung der Rundfunkgebühren fordern, sagt aufmunternd: «Wir drücken die Daumen.»

Ladina Heimgartner begrüsst den Präsidenten der RTR-Trägergesellschaft, Oscar Knapp, mit drei Wangenküssen, dann setzen die beiden sich an die Chefschreibtische in der Mitte des Newsrooms. Heimgartner tippt und wischt über ihr Smartphone und kann einem Verantwortlichen der SRG-Kommuni-

kation in Bern die erste frohe Nachricht verkünden: Ihre Heimatgemeinde Scuol lehnt «No Billag» mit 85 Prozent ab.

Es wird für sie immer besser. Kurz vor Mittag geht Heimgartner mit ihrem Chefredaktor durch eine Liste mit den Abstimmungsergebnissen der Bündner Gemeinden. Hat überhaupt eine Gemeinde Ja zu «No Billag» gesagt? Das Duo kann keine finden. Auf rtr.ch färbt sich die Graubünden-Karte mit den Ergebnissen tiefrot, fast überall wird die Initiative mit mehr als 65 Prozent abgelehnt. Nur vier Flecken sind hellrot, weil sie lediglich mit 56 bis 61 Prozent Nein stimmen. Manche RTR-Journalisten im Newsroom gratulie-

ren einander diskret. Auch aus anderen Kantonen gibt es für die SRG sehr gute Resultate. Heimgartners Gesichtszüge lockern sich, mehr nicht. Konzentriert hört sie die 12-Uhr-Nachrichten von Radio Rumantsch, nickt zustimmend und sagt nur «Ja». Erst als sich zwei ihrer Mitarbeiter abklatschen, muss sie schmunzeln. Der Chefredaktor verteilt Schokoladeneier, Heimgartner greift zweimal zu.

Die erste Hochrechnung prognostiziert ein Nein von 71 Prozent. «Ja, das überrascht mich sicherlich», sagt Heimgartner zu ihren Kollegen von «10 vor 10» erleichtert. Derweil kommen die Journalisten untereinander ins Plaudern.

## «Die Staatsgläubigkeit der SP ist gefährlich»

Der Zürcher SVP-Nationalrat Gregor Rutz will auch nach dem Nein zu «No Billag» für Deregulierungen kämpfen

Gregor Rutz möchte die Gegner der No-Billag-Initiative auf ihre im Abstimmungskampf gemachten Versprechen behaften. Und anders als die SP sieht er das Volksverdikt nicht als Zeichen für staatliche Medienförderung.

Herr Rutz, die No-Billag-Initiative ist an der Urne deutlich abgelehnt worden. Worauf führen Sie diese klare Niederlage zurück?

In der Debatte vor der Abstimmung wurde klar, dass ein erheblicher Reformbedarf besteht – das ist heute eigentlich unbestritten. Etliche Exponenten von FDP und CVP, aber auch die SRG und Doris Leuthard haben in der Abstimmungsdebatte immer mehr Versprechen abgegeben, dass der Service-public-Auftrag überdenkt werden müsse und dass die Gebühren weiter sinken würden. So kamen viele Stimmbürger zum Schluss, dass man auch Nein stimmen könne. Die Umfragen bilden diese Bewegung vom Ja- ins Nein-Lager ab. Fazit: Viele Stimmbürger haben Nein gestimmt, weil sie davon ausgehen, dass sich nun wirklich etwas ändert. Und darauf sind die Initiativgegner zu behaften.

Ist es nicht einfach so, dass die SRG gute Arbeit leistet und die SVP mit ihrer Ja-Parole auch an der eigenen Basis vorbeipolitisiert hat?

Nein, es ist genau umgekehrt: Sogar die Initiativgegner haben viele SVP-Vorschläge aufgenommen. Ich habe diese Initiative nicht unterschrieben und habe

im Parlament für einen Gegenvorschlag gekämpft. Ich staune nun selber, was diese Abstimmungsdebatte alles ins Rollen gebracht hat. Das war nur dank der Initiative möglich.

Die SVP hat im Parlament vergeblich einen Gegenvorschlag lanciert, mit dem die heutigen Gebühren halbiert und Firmen von der Gebührenpflicht befreit werden sollten. Wird die SVP nun eine Halbierungsinitiative lancieren?

Natalie Rickli und ich haben letzte Woche im Nationalrat Vorstösse eingebracht, um die Unternehmen endlich von der Gebührenpflicht zu befreien und die Gebühren für Haushalte auf 300 Franken zu senken. Nun gilt es im Parlament Nägel mit Köpfen zu machen. Die Halbierungsinitiative ist eine Variante, die wir dann in Erwägung ziehen, wenn auf parlamentarischem Weg wiederum keine Resultate erzielt werden können. Wer sie lanciert, ist dann noch einmal eine andere Frage. Die SVP hat viele dringende Aufgaben – denken Sie nur an die Selbstbestimmungsinitiative oder die Probleme der Zuwanderung.

Im Abstimmungskampf haben auch Gegner der No-Billag-Initiative immer wieder betont, dass die SRG zu gross sei; sie müsse ihren Auftrag überdenken und allenfalls auf Gebühreneinnahmen, Unterhaltung oder Werbung verzichten. Wie ernst nehmen Sie diese Ankündigungen?

Nun erwarte ich Taten statt Worte: Die Gegner sind an ihren Versprechungen zu messen. Ich erwarte, dass mein Vorstoss zum Verzicht auf die Mediensteuer von Unternehmen von der FDP, den Grün-



Gregor Rutz  
Nationalrat (svp., ZH)

liberalen, aber auch von einem substanziellen Teil der CVP unterstützt wird.

Wie würde eine Ihnen genehme Konzession für die SRG denn aussehen?

Was den Auftrag anbelangt, muss man nicht viel an der heutigen Konzession für die SRG ändern. Man muss aber endlich unterbinden, dass die SRG – im Bereich Online, im Bereich Werbevermarktung oder auch im Unterhaltungsbereich (Filme und Serien) – so viele Sachen macht, die mit ihrem Auftrag gar nichts zu tun haben.

Mit dem geplanten Mediengesetz steht eine wichtige Weichenstellung für das Verhältnis von Staat und Medien an. Wo sehen Sie die grössten Gefahren?

Wir brauchen kein Mediengesetz. Wir müssen deregulieren – also gewisse Sachen im Radio- und Fernsehgesetz klären oder streichen. Der technologische Wandel hat uns eine riesige Medienvielfalt gebracht, vor allem im Internet. Es wäre völlig falsch, nun mit neuen Regelungen wieder staatliche Zwänge zu schaffen und die Freiheit und auch Vielfalt so einzuschränken.

Die SP wertet das Resultat in Sachen «No Billag» als klares Zeichen nicht nur

für die Medienvielfalt, sondern auch für staatliche Medienförderung: Präsident Christian Levrat plädiert für eine Presseförderung «in grösserem Umfang», die unter anderem mit Steuern von Google, Facebook oder Youtube finanziert werden soll. Was halten Sie davon?

Staatliche Medienförderung ist klar abzulehnen – das widerspricht einer liberalen, demokratischen Rechtsordnung. Die Staatsgläubigkeit der SP und ihres Präsidenten Christian Levrat ist gefährlich. Wo Markt möglich ist, darf sich der Staat nicht einmischen. Service public ist immer etwas Subsidiäres: Der Staat muss

«Man muss endlich unterbinden, dass die SRG so viel macht.»

diejenigen Angebote ermöglichen, welche zwingend vorhanden sein müssen und welche Private nicht erbringen können oder wollen.

Von linker Seite wird nun auch die Idee einer einkommensabhängigen Mediensteuer ins Spiel gebracht, welche das bisherige Gebührensystem ersetzen soll. Das ist dummes Zeug. Früher war es eine Gebühr, welche die Nutzer zahlten. Heute müssen es alle zahlen – das ist schon ungerecht. Die Idee der SP ist absurd. Was wir nun machen müssen, ist, die ungerechte Doppelbesteuerung für Unternehmen zu streichen.

Interview: Lucien Scherrer

Ein SRF-Mann will von einer RTR-Kollegin wissen, welches der fünf romanischen Idiome in der Redaktion gesprochen werde. Alle durcheinander, sagt sie. Ein Journalist des ARD-Teams erklärt einem Schweizer Kollegen, er sei «fester freier Mitarbeiter», nicht Angestellter. «Ich vermute, so wollen sie nicht so viele Festangestellte in der Statistik haben.»

Nach einer weiteren SRG-Telefonkonferenz kann Heimgartner jenen Satz sagen, auf den sie seit fünf Monaten gewartet habe: «Die Initiative ist am Ständemehr gescheitert.» Heimgartner verteidigte die SRG in vielen Debatten und in der «Rundschau», sie überzeugte mit ihrer ruhigen Art und wurde so intern eine Hoffnungsträgerin über die Abstimmung hinaus. Nun, da der Tag X tatsächlich positiv läuft, fühlt sich das für Heimgartner «total surreal» an. In der Cafeteria bedankt sie sich in einer kurzen Ansprache bei ihren Mitarbeitern, vernimmt den Dank des RTR-Präsidenten Knapp und beendet die Runde nach längerem Applaus mit einem lapidaren «Okay».

## Neue Stelle für Dialog

Die Debatte um die SRG-Zukunft wird Heimgartner lange begleiten, zumal sie in der Geschäftsleitung für «Medien und Gesellschaft» zuständig ist. Im Gespräch kündigt sie an, den gesellschaftlichen Dialog aufbauen und stärken zu wollen, dafür werde eine neue Stelle geschaffen. Im Fokus stünden jene Schweizer, die am Sonntag «Nein, aber» gestimmt hätten.

Die von SRG-Generaldirektor Gilles Marchand angekündigten Einsparungen von 100 Millionen Franken werden auch RTR mit seinem 25-Millionen-Budget treffen. Das Publikum solle es so wenig wie möglich merken. Heimgartner verweist darauf, dass das klassische Fernsehen bei RTR heute ergänzt wird mit Online-Angeboten, die etwa durch Smartphones viel effizienter produziert werden können. So hofft sie, dass der kleinste SRG-Sender für einmal nicht nur auf die Solidarität der anderen angewiesen sei, sondern auch als Pionier vorausgeht.

## Auch das Tessin sagt wuchtig Nein

pja. Bellinzona · Das Tessin ist immer für Überraschungen gut. Vor einigen Wochen legte eine Umfrage nahe, in der Bevölkerung des Südkantons lägen die Befürworter und Gegner von «No Billag» gleichauf, ganz entgegen dem gesamtschweizerischen Trend. Doch am Sonntag haben überraschende 65,5 Prozent der Tessiner Stimmbürger die Initiative abgelehnt, obschon Lega und SVP tüchtig zugunsten eines Ja geweiht hatten. Da die Lega dei Ticinesi zweitstärkste Kraft im Kantonsparlament ist, ging man von mehr Stimmen zugunsten von «No Billag» aus. Am Ende überwog im Tessin wie auch in den vier Italienischbündner Tälern aber die Meinung, dass der flächendeckende Service der SRG-SSR-Tochter Radiotelevisione della Svizzera italiana (RSI) unabdingbar sei. Und zwar für die Pflege der Schweizer Italianità wie auch für die Sichtbarkeit der italienischen Schweiz im Rest des Landes.

Allerdings sind etliche Tessiner mit der Höhe der oft als «Zwangssteuer» betitelten Billag-Gebühr unzufrieden. Zudem werfen sie der RSI vor, sie produziere Radio- und TV-Inhalte an den Bedürfnissen des Publikums vorbei. Genau hier will RSI-Direktor Maurizio Canetta ansetzen: Er werde den Dialog mit der Bevölkerung zusätzlich verstärken und sich ihr weiter annähern, erklärte er auf Anfrage.

Die Gegenseite gibt sich indes nicht geschlagen. Lega-Nationalrat Lorenzo Quadri sowie Alain Bühler, Vizepräsident der Tessiner SVP und Präsident des kantonalen No-Billag-Komitees, sprachen am Sonntag davon, eine neue Initiative ins Auge zu fassen. Diese würde die Senkung der jährlichen Billag-Gebühr auf 200 Franken verlangen.